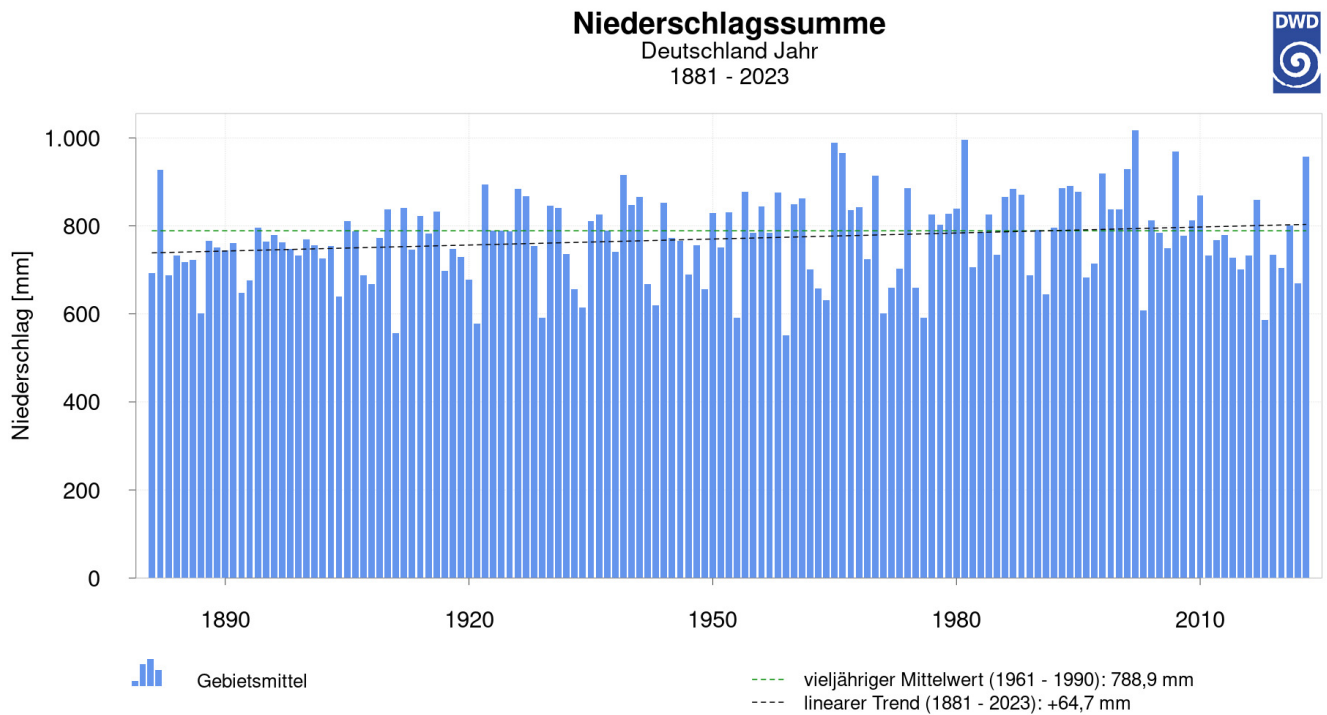


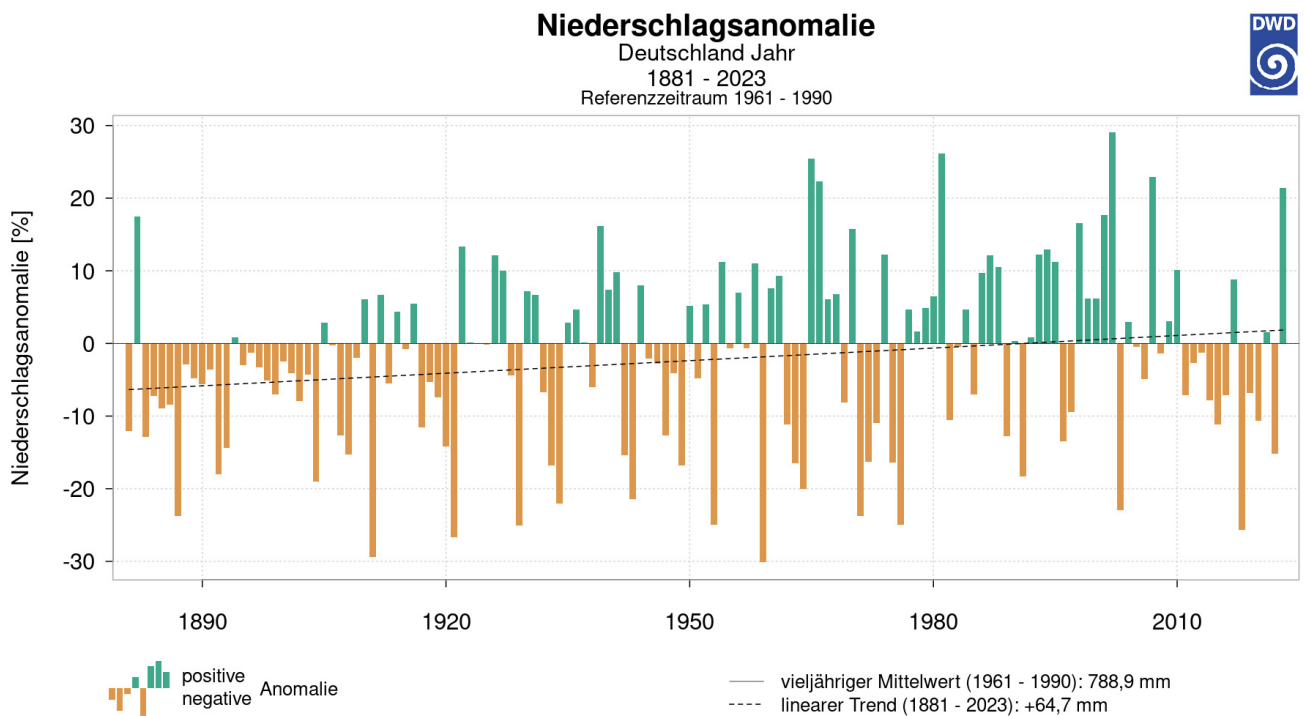
[„Zu heiß zum Duschen“](#) – so titelte gestern die *taz* und malte dabei munter das Szenario eines Dürrenotstands und einer gefährdeten Trinkwasserversorgung. Die Botschaft: „Deutschland muss sparsamer mit Wasser umgehen. Dafür sollte der Staat auch Vorschriften machen.“ In dieser Pauschalität wäre das jedoch töricht, zumal die *taz* mal wieder mit dem Finger auf die Privathaushalte zeigt und die Industrie außen vor lässt. Die Politik wäre gut beraten, würde sie dieses Thema differenziert angehen. Das ist jedoch leider unwahrscheinlich, da es einfacher ist, dem Verbraucher Vorschriften zu machen, als die Investitionen vorzunehmen, die auch in Problemregionen die Trinkwasserversorgung nachhaltiger machen könnten. Von **Jens Berger**.

Für die *taz* ist die Wasserwelt denkbar einfach. 2025 ist bislang ein eher niederschlagsarmes Jahr und auch in den Jahren 2018, 2019, 2020 und 2022 lag die Niederschlagssumme in Deutschland unter dem langjährigen Schnitt. „Vielerorts sinke die Menge des Grundwassers“, so die *taz* und liefert die Lösung gleich mit: „Gerade die privaten Haushalte müssen noch sparsamer sein. Sie sind die größten Trinkwasserverbraucher.“ Um das zu erreichen, müsse der Staat „Sparmaßnahmen vorschreiben“, „Anlagen subventionieren, die leicht verschmutztes Abwasser – etwa aus Waschmaschinen oder Duschen – zur Toilettenspülung wiederverwenden“ und natürlich soll das Trinkwasser auch teurer werden. Da staunt der Laie und der Fachmann wundert sich. Streng genommen sind sämtliche Aussagen nämlich falsch.

Fangen wir doch mal mit den Niederschlägen an. Es ist richtig, dass in den oben genannten Jahren die Summe der Niederschläge teils deutlich unter dem langjährigen Schnitt lag. Richtig ist aber auch, dass diese Summe in 2023 und 2024 deutlich über dem Schnitt lag. Eher trockene und eher feuchte Jahre wechseln sich ab. Das ist normal und seit Beginn der statistischen Wettermessungen so. Es ist auch nicht so, dass die Niederschlagssumme im langjährigen Schnitt sinkt. Das Gegenteil ist der Fall. Im linearen Schnitt nimmt die Niederschlagssumme sogar zu. Belastbare Prognosen, welche Folgen der Klimawandel darauf haben wird, gibt es nicht. Die verfügbaren [Projektionen](#) weisen eher auf eine leichte Zunahme der Niederschläge in Deutschland hin.



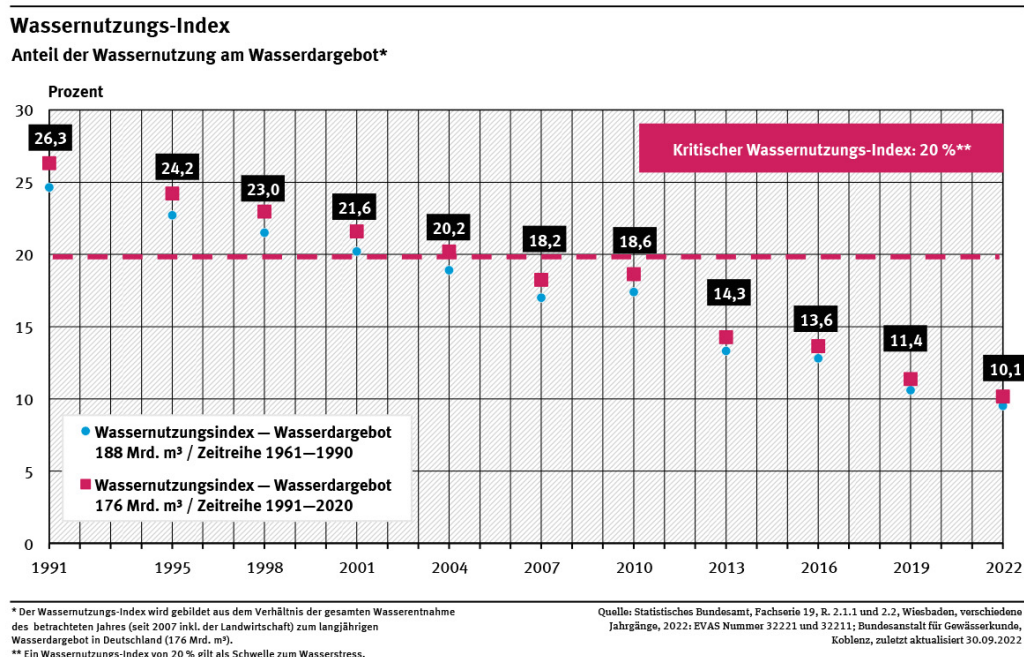
Niederschlagssumme in Deutschland. Quelle: DWD



Niederschlagsanomalie in Deutschland. Quelle: DWD

Ist also alles in bester Ordnung? Jein. [Festzustellen ist](#), dass es in den letzten Jahren eine – wenn auch nur leichte – Verschiebung bei der Saisonalität der Niederschläge in Deutschland gab. Kurz: Im Winter regnet oder schneit es tendenziell etwas mehr, im Sommer regnet es tendenziell etwas weniger. Zudem verdeckt der Blick auf die Niederschlagssumme die regionale Verfügbarkeit des Wassers. Aber dazu später mehr.

Kommen wir erst mal zu den vermeintlich wasserhungrigen Haushalten. Deren Wasserverbrauch – genauer wäre übrigens „Wassergebrauch“, da Wasser nicht verbraucht wird, sondern im Wasserkreislauf bleibt – ist in den letzten Jahrzehnten signifikant gesunken. Und wenn die *taz* schreibt, dass die Privathaushalte der „größte Trinkwasserverbraucher“ sind, ist dies zwar strenggenommen noch nicht einmal falsch, aber im Kontext grob manipulativ. Die öffentliche Trinkwasserversorgung macht nämlich [weniger als ein Drittel](#) der gesamten Wassergewinnung in Deutschland aus, die selbst nur ein kleiner Teil des Wasserdargebots ist. Energieversorgung, Bergbau und Industrie stehen für weitere zwei Drittel, die Landwirtschaft ist mit gerade mal 2,5 Prozent in Deutschland ein eher zu vernachlässigender Faktor. Generell entnimmt die öffentliche Wasserversorgung in Deutschland mit drei Prozent nur einen Bruchteil der erneuerbaren Wasserressourcen. Erst wenn innerhalb eines Jahres mehr als 20 Prozent des verfügbaren langfristigen Wasserdargebots entnommen werden, spricht man einem „Wasserstress“; den gibt es in Deutschland flächendeckend nicht mehr.



Wassernutzungsindex. Quelle: Statistisches Bundesamt

Doch hier muss man klar differenzieren. Auch wenn es in Deutschland keine überregionalen Probleme mit dem Wasserhaushalt gibt, so gibt es sie auf regionaler Ebene sehr wohl. Und das hat vor allem geologische Gründe. So haben die brandenburgischen Sandlößböden schon den alten Preußen Kopfschmerzen bereitet und auch in einigen Regionen Hessens sorgen sandige Böden dafür, dass sich das Grundwasser nur schlecht Neubilden kann. Dies hat nur am Rande etwas mit der Niederschlagssumme zu tun. Sandige Böden sorgen dafür, dass das Wasser in bodennahen Schichten – vor allem dann, wenn es keine Bodenbedeckung gibt – bei warmen Trockenperioden schnell verdunstet. Man spricht hier von Winderosion. Wenn sich hier die klimatischen Trends mit wärmeren und etwas trockeneren Sommern fortsetzen, nimmt dieser Effekt zu. Und wenn in diesen Regionen dauerhaft mehr Grundwasser entnommen wird als sich neu bilden kann, sinken die Grundwasserspiegel und die Trinkwasserversorgung steht vor einem Problem.

Verschärfend kommt in Deutschland hinzu, dass diese „Problemregionen“ wie Berlin oder das Rhein-Main-Gebiet auch noch dicht besiedelt sind und industrielle Wassergroßentnehmer die Lage abermals verkomplizieren. Dass Tesla oder Coca Cola ausgerechnet in Brandenburg große Mengen an Grundwasser entnehmen (dürfen), ist aus Sicht der regionalen Wasserbilanz mehr als fragwürdig. Daraus nun aber überregionale Schlüsse zu ziehen, wäre töricht. In den allermeisten Regionen Baden-Württembergs und Bayerns gibt es beispielsweise überhaupt keine Probleme mit der Grundwasserneubildung.

Betrachtet man die Situation regional, kommt ein weiterer Faktor hinzu, der elementar ist, wenn man über die Wassernutzung der Haushalte und der Industrie spricht. Vereinfacht: Wasser wird regional dem Kreislauf entnommen, genutzt und dann als Abwasser dem Kreislauf wieder zugefügt. Das Problem: Das aufbereitete Abwasser wird in Deutschland meist in Flüsse eingeleitet und fließt so ins Meer, wo es verdunstet und dem Kreislauf wieder zugefügt wird. So kann es in Problemregionen nicht zur Grundwasserneubildung beitragen. Die Folgerung daraus ist denkbar einfach: Würde man größere Mengen des genutzten Wassers nicht in Flüsse einleiten, sondern regional versickern lassen, würde dies die Grundwasserneubildung begünstigen und im Idealfall zu einer ausgeglichenen und nachhaltigen regionalen Wasserbilanz führen.

Da wären wir auch bereits bei den sinnvollen Maßnahmen, um regionale Wasserprobleme zu lindern oder gar zu lösen. Auch wenn sich dies mit der „taz-Logik“ nicht erschließt, so wäre es beispielsweise durchaus sinnvoll, in Berlin-Brandenburg mehr Oberflächenwasser aus Flüssen zu entnehmen, aufzubereiten, zu nutzen und dann regional versickern zu lassen. Solche Projekte sind im trockeneren Südeuropa übrigens sehr verbreitet. In

Deutschland schafft man es nicht, in Kreisläufen zu denken, und konzentriert sich vor allem darauf, die Nutzung runterzufahren. Wie sähe so was konkret aus? Das Umweltbundesamt [nennt einige Beispiele](#):

Mögliche Maßnahmen neben der Versickerung von Regenwasser sind die Entsiegelung befestigter Flächen, lokale grüne und blaue Infrastrukturen, wie Straßenbäume, Fassaden- und Dachbegrünungen sowie Verdunstungsmöglichkeiten von gespeichertem Regenwasser. Ferner fördern Frischluftschneisen sowie die Kühlung und Verschattung von Gebäuden und öffentlichen Räumen ein gesundes Stadtklima. Naturnahe Elemente, wie etwa Mulden-Rigolen Systeme, stärken die dezentrale Regenwasserversickerung und -verdunstung und helfen Bodenfeuchte und Grundwasserneubildung in urbanen Räumen zu erhöhen. Dies verbessert die Pflanzenversorgung in Trockenphasen und verringert Hitzeeffekte. Für Dürreperioden können darüber hinaus Bewässerungsmöglichkeiten etabliert werden, die jedoch effizient und wassersparend gestaltet sein müssen. Bei der Verwendung von Brauchwasser (z.B. Regenwasser, aufbereitetes Grauwasser (gering verschmutztes Abwasser), aufbereitetes Kommunalabwasser) zur Bewässerung von urbanen Grünflächen sind chemische und hygienische Anforderungen abzuleiten bzw. zu berücksichtigen.

All das klingt sehr sinnvoll und würde auch die Lebensqualität erhöhen. Aber kostenlos sind solche Maßnahmen freilich nicht. Vergleicht man diese Vorschläge mit denen der *taz*, fällt natürlich sofort auf, dass es hier nicht um den einzelnen Verbraucher, sondern um die öffentliche Hand und die Planungsebene geht. Und das ist auch vollkommen verständlich. Die Forderungen der *taz* sind nämlich – gemessen am ökonomischen Aufwand – vollkommen sinnloser Aktionismus.

In den allermeisten Regionen Deutschlands gibt es kein ernstes Problem beim nutzbaren Grundwasserdargebot und der Grundwasserneubildung. Wer hier mit hohem Kosten- und Materialaufwand ein zweites Wasserleitungssystem im Haus installiert, mit dem man Brauchwasser oder Regenwasser für die Toilettenspülung nutzt, verbraucht am Ende nur nicht regenerative Ressourcen und wirft jede Menge Geld zum Fenster hinaus. Und in den Problemregionen würde dies – bei gängiger Praxis – zurzeit im besten Fall dazu führen, dass Regenwasser dem Abwassersystem zugeführt und dort dann aufbereitet in einen Fluss geleitet und dem regionalen Kreislauf ohnehin entzogen wird.

Wie viel sinnvoller wäre es da, das anfallende Regenwasser gar nicht ins Abwassersystem einzuleiten, sondern möglichst ortsnah versickern zu lassen? Und wenn man dann noch zusätzlich eine Lösung findet, wie möglichst große Mengen des anfallenden Abwassers ebenfalls möglichst ortsnah dem Grundwasser zugeführt und so zur Grundwasserneubildung beitragen können, wäre schon ein großer Schritt gemacht.

Aber klar, das sind Maßnahmen, für die der Staat Geld in die Hand nehmen müsste und die Otto-Normal-taz-Leser nicht auf den ersten Blick einleuchten. Wie viel einfacher ist es da, sich eine Wasserspararmatur fürs Waschbecken und einen High-Tech-Duschkopf zu kaufen? Und wenn es darum geht, „uneinsichtige“ Bürger durch höhere Preise zu erziehen, ist die *taz* natürlich auch immer mit dabei. Gleichzeitig haben die Wasserversorger auf dem Land das Problem, dass die Menschen zu wenig Wasser nutzen und die Ver- und Entsorger daher immer mehr „Spülwasser“ benötigen, um die Trinkwasser- und Abwasserstruktur aus technischer Sicht betreiben und die vorgeschriebenen Grenzwerte einhalten zu können. Vor allem im Osten der Republik ist das ein großes Problem, da hier die Infrastruktur zu großzügig angelegt ist und demographischer Wandel, Abwanderung der Industrie und Wassersparmaßnahmen der Haushalte oft nicht in dieser Form vorausgesehen wurden. Aber interessieren die Probleme der kleinen Kommunen den Hauptstadtjournalismus?

Berlin hat da andere Wasserprobleme und die könnten sich aus einer unerwarteten Ecke in den nächsten Jahren sogar massiv verschärfen. Da Berlin und sein Umland das bereits erwähnte Problem der sandigen Böden haben, stammt das Trinkwasser der Millionenstadt zu zwei Dritteln aus den Flüssen Spree und Havel. Die Spree wiederum erhält große Teile ihres Wassers aus dem Braunkohletagebau in der Lausitz, wo es in gigantischen Mengen abgepumpt werden muss, um die Kohle zu fördern. Bis 2038 ist damit aber Schluss und mit dem Braunkohlebergbau in der Lausitz wird der Spree und damit Berlin das Wasser ausgehen. Mal schauen, was die *taz* dann fordert.

Titelbild: Sorapop Udomsri/shutterstock.com 